

UNIVERSITÄT LEIPZIG
Juristenfakultät
Juristisches Fernstudium

Prüfungsordnung
für Diplomjuristen des 14. Matrikels im juristischen Fernstudium
an der Universität Leipzig
Vom 30. Juni 1998

Inhaltsverzeichnis

Erster Abschnitt: Prüfungsorgane und deren Bestellung

- § 1 Prüfungsorgane
- § 2 Bestellung der Prüfungsorgane
- § 3 Beschlußfassung der Prüfungsausschüsse
- § 4 Weisungsunabhängigkeit

Zweiter Abschnitt: Vorschriften für das Verfahren der Diplomprüfung

- § 5 Ausschluß von der Teilnahme an der Diplomprüfung
- § 6 Verhinderung
- § 7 Noten und Punktzahlen
- § 8 Nichterbringung von Prüfungsleistungen
- § 9 Mängel im Prüfungsverfahren
- § 10 Hilfsmittel
- § 11 Unlauteres Verhalten im Prüfungsverfahren

Dritter Abschnitt: Juristische Diplomprüfung

- § 12 Grundsatz
- § 13 Prüfungsgebiete
- § 14 Diplomarbeit
- § 15 Bewertung der Diplomarbeit
- § 16 Schriftliche Prüfung
- § 17 Bewertung der schriftlichen Prüfung
- § 18 Mündliche Prüfung
- § 19 Bewertung der mündlichen Prüfung
- § 20 Gesamtnote der Diplomprüfung
- § 21 Diplom
- § 22 Wiederholung der Prüfung

Vierter Abschnitt: Prüfungsort, Prüfungszeit und Prüfungszulassung

- § 23 Prüfungsort
- § 24 Prüfungszeit
- § 25 Voraussetzungen der Zulassung zur Prüfung
- § 26 Zulassungsantrag
- § 27 Inkrafttreten

Erster Abschnitt: Prüfungsorgane und deren Bestellung

§ 1 Prüfungsorgane

Prüfungsorgane für die Prüfung von Diplomjuristen des 14. Matrikels im juristischen Fernstudium an der Universität Leipzig sind der Hauptprüfungsausschuß, die einzelnen Prüfungsausschüsse sowie die weiteren Prüfer.

§ 2 Bestellung der Prüfungsorgane

- (1) Der Fakultätsrat der Juristenfakultät bestellt den Hauptprüfungsausschuß sowie die einzelnen Prüfungsausschüsse. Die Bestellung der weiteren Prüfer erfolgt durch den Hauptprüfungsausschuß.
- (2) Vorsitzender des Hauptprüfungsausschusses ist der Dekan der Juristenfakultät der Universität Leipzig.
Die einzelnen Prüfungsausschüsse bestehen aus mindestens drei Mitgliedern, wobei die Mehrheit der Mitglieder Professoren der Rechte sein müssen. Die anderen Mitglieder der einzelnen Prüfungsausschüsse müssen promovierte Juristen sein oder die Befähigung zum Richteramt gemäß § 5 Abs. 1 des Deutschen Richtergesetzes besitzen.
Die weiteren Prüfer müssen entweder Professoren der Rechte oder promovierte Juristen sein oder die Befähigung zum Richteramt gemäß § 5 Abs. 1 des Deutschen Richtergesetzes besitzen.

§ 3 Beschlußfassung der Prüfungsausschüsse

Der Hauptprüfungsausschuß sowie die einzelnen Prüfungsausschüsse entscheiden mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

§ 4 Weisungsunabhängigkeit

Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse sowie die weiteren Prüfer sind in Prüfungsangelegenheiten an keine Weisungen gebunden.

Zweiter Abschnitt: Vorschriften für das Verfahren der Diplomprüfung

§ 5 Ausschluß von der Teilnahme an der Diplomprüfung

- (1) Wer sich zur Zeit des Prüfungsverfahrens in Haft, Unterbringung oder Verwahrung befindet, ist von der Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen.
- (2) Von der Teilnahme an der Prüfung kann ein Prüfungsteilnehmer ganz oder teilweise ausgeschlossen werden, wenn er den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört oder zu stören versucht oder ein Fall des § 8 Abs. 2 Nr. 2 Sächs. JAPO vorliegt.

§ 6 Verhinderung

- (1) Kann ein Prüfungsteilnehmer aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, den schriftlichen oder den mündlichen Teil der Prüfung nicht oder nicht vollständig ablegen oder ist er aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat gem. § 5 ausgeschlossen worden, so gilt folgendes:
 1. Hat der Prüfungsteilnehmer weniger als vier Siebentel der schriftlichen Aufgaben bearbeitet, so gilt die Prüfung als nicht abgelegt;
 2. hat der Prüfungsteilnehmer mindestens vier Siebentel der schriftlichen Aufgaben bearbeitet, so hat er an Stelle der nicht bearbeiteten schriftlichen Aufgaben innerhalb einer vom Vorsitzenden des Hauptprüfungsausschusses zu bestimmenden Zeit, in der Regel während des folgenden Semesters, entsprechende Ersatzarbeiten nachzufertigen;
 3. eine nicht oder nicht vollständig abgelegte mündliche Prüfung ist in vollem Umfang an einem vom Vorsitzenden des Hauptprüfungsausschusses zu bestimmenden Termin nachzuholen.
- (2) Eine Prüfungsverhinderung ist unverzüglich beim Hauptprüfungsausschuß geltend zu machen und nachzuweisen. Im Falle einer Verhinderung durch Krankheit ist der Nachweis grundsätzlich durch ein amtsärztliches Zeugnis zu führen, das in der Regel nicht später als am Prüfungstag ausgestellt sein darf. In offensichtlichen Fällen kann auf die Vorlage eines Zeugnisses verzichtet werden.
- (3) Die Geltendmachung einer Verhinderung beim schriftlichen Teil der Prüfung ist ausgeschlossen, wenn nach Abschluß des schriftlichen Teils der Prüfung ein Monat verstrichen ist. Bei einer Verhinderung in der mündlichen Prüfung ist die Geltendmachung eine Woche nach Bekanntgabe des Ergebnisses ausgeschlossen.

§ 7 Noten und Punktzahlen

- (1) Die einzelnen Leistungen der Diplomprüfung sind mit einer der folgenden Noten und Punktzahlen zu bewerten:

sehr gut

eine besonders hervor-

gut	ragende Leistung eine erheblich über den durchschnittlichen An- forderungen liegende Leistung	= 16 bis 18 Punkte = 13 bis 15 Punkte
vollbefriedigend	eine über den durchschnittli- chen Anforderungen liegende Leistung	= 10 bis 12 Punkte
befriedigend	eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen genügt	= 7 bis 9 Punkte
ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel durchschnittlichen Anforderungen noch entspricht	= 4 bis 6 Punkte
mangelhaft	eine an erheblichen Mängeln leidende, im ganzen nicht mehr brauchbare Leistung	= 1 bis 3 Punkte
ungenügend	eine völlig unbrauchbare Leistung	= 0 Punkte

(2) Den errechneten Punktwerten entsprechen in der Gesamtnote der Diplomprüfung folgende Notenbezeichnungen:

14,00	-	18,00	sehr gut
11,50	-	13,99	gut
9,00	-	11,49	vollbefriedigend
6,50	-	8,99	befriedigend
4,00	-	6,49	ausreichend
1,50	-	3,99	mangelhaft
0	-	1,49	ungenügend

§ 8

Nichterbringung von Prüfungsleistungen

Soweit ein Prüfungsteilnehmer, ohne daß die Gründe des § 6 vorliegen, eine Prüfungsleistung nicht erbringt, wird diese mit der Note "ungenügend" (0 Punkte) bewertet.

§ 9

Mängel im Prüfungsverfahren

- (1) Erweist sich, daß das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die die Chancengleichheit erheblich verletzt haben, so kann der Prüfungsausschuß auf Antrag eines Prüfungsteilnehmers oder von Amts wegen anordnen, daß von einem bestimmten Prüfungsteilnehmer oder von allen Prüfungsteilnehmern die Prüfung ganz oder teilweise zu wiederholen ist.
- (2) Ein Antrag nach Absatz 1 ist unverzüglich schriftlich beim Hauptprüfungs-ausschuß zu stellen. Er darf keine Bedingungen enthalten und kann nicht zurückgenommen werden.
Die Geltendmachung ist ausgeschlossen, wenn seit dem Abschluß des Teils des Prüfungsverfahrens, der mit den Mängeln behaftet war, ein Monat verstrichen ist.
- (3) Einen Monat nach Abschluß der Prüfung darf der Prüfungsausschuß von Amts wegen Anordnungen nach Absatz 1 nicht mehr treffen.

§ 10 Hilfsmittel

Der jeweilige Prüfungsausschuß läßt die Hilfsmittel für den schriftlichen und mündlichen Teil der Diplomprüfung zu. Die Prüfungsteilnehmer haben die Hilfsmittel selbst zu beschaffen.

§ 11 Unlauteres Verhalten im Prüfungsverfahren

- (1) Unternimmt es ein Prüfungsteilnehmer, das Ergebnis einer schriftlichen Arbeit oder das Ergebnis einer mündlichen Prüfung durch Täuschung, Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, unzulässiger Hilfe anderer Prüfungsteilnehmer oder Dritter oder durch Einwirken auf Prüfungsorgane oder von diesen mit der Wahrnehmung von Prüfungsangelegenheiten beauftragten Personen zu beeinflussen, so ist diese schriftliche Arbeit oder die mündliche Prüfung mit der Note "ungenügend" (0 Punkte) zu bewerten.
Der Besitz nicht zugelassener Hilfsmittel nach Ausgabe der Prüfungsaufgaben oder nach Beginn der mündlichen Prüfung steht der Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel gleich, sofern der Prüfungsteilnehmer nicht nachweist, daß der Besitz weder auf Vorsatz noch auf Fahrlässigkeit beruht.
- (2) In besonders schweren Fällen des Absatzes 1 ist die gesamte Prüfung mit der Prüfungsnote "ungenügend" zu bewerten. Als besonders schwerer Fall ist es in der Regel anzusehen, wenn ein Prüfungsteilnehmer es unternimmt, das Ergebnis einer schriftlichen oder einer mündlichen Prüfung durch Einwirken auf Prüfungsorgane oder auf von diesen beauftragte Personen zu beeinflussen.
- (3) Ist in den Fällen der Absätze 1 oder 2 die Prüfung bereits durch Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses beendet, so ist nachträglich das Prüfungsergebnis ent-

sprechend zu berichtigen oder die Prüfung für nicht bestanden zu erklären.
Ein bereits erteiltes Diplom ist einzuziehen und zu vernichten.

- (4) Besteht der Verdacht des Besitzes nicht zugelassener Hilfsmittel, so sind die Aufsichtsführenden in der schriftlichen Prüfung sowie die Mitglieder der Prüfungsausschüsse und die weiteren Prüfer befugt, diese sicherzustellen. Verhindert der Prüfungsteilnehmer eine Sicherstellung, so wird die schriftliche Arbeit oder die mündliche Prüfung mit der Note "ungenügend" bewertet. In besonders schweren Fällen gilt Absatz 2.
- (5) Entscheidungen nach Absatz 1, Absatz 3 Satz 1 1. Alternative und Absatz 4 Satz 2 trifft der jeweilige Prüfungsausschuß;
Entscheidungen nach Absatz 2, Absatz 3 Satz 1 2. Alternative und Absatz 4 Satz 3 der Hauptprüfungsausschuß.

Dritter Abschnitt: Juristische Diplomprüfung

§ 12 Grundsatz

Die Diplomprüfung ist Hochschulabschlußprüfung und zugleich Einstellungsprüfung im Sinne des Beamtengesetzes des Freistaates Sachsen. Sie hat Wettbewerbscharakter und soll feststellen, ob der Bewerber das Ziel des rechtswissenschaftlichen Studiums erreicht hat und er für den Vorbereitungsdienst als Rechtsreferendar geeignet ist. Der Bewerber soll in der Prüfung zeigen, daß er das Recht mit Verständnis erfassen und anwenden kann und über die hierzu erforderlichen Kenntnisse in den Prüfungsfächern mit ihren geschichtlichen, gesellschaftlichen und rechtsphilosophischen Grundlagen verfügt. Dabei ist den Besonderheiten des Studiums gebührend Rechnung zu tragen.

§ 13 Prüfungsgebiete

- (1) Die Diplomprüfung erstreckt sich auf eine Diplomarbeit sowie auf eine schriftliche und mündliche Prüfung in den Prüfungsfächern.
Andere Rechtsgebiete dürfen im Zusammenhang mit den Prüfungsfächern zum Gegenstand der Prüfung gemacht werden, soweit lediglich Verständnis und Arbeitsmethode festgestellt werden sollen und Einzelwissen nicht vorausgesetzt wird.
- (2) Prüfungsfächer sind:
 - 1. *Zivilrecht*
(die allgemeinen Lehren des Bürgerlichen Rechts, Schuldrecht und Sachenrecht sowie Grundzüge des Familien-, Erb-, Arbeits-, Handels-, Gesellschafts- und des Wertpapierrechts und Grundzüge des Zivilprozeßrechts)
 - 2. *Strafrecht* einschließlich der Grundzüge des Strafprozeßrechts (ohne Nebenstrafrecht)

3. Öffentliches Recht

(Staats- und Verfassungsrecht, Allgemeines Verwaltungsrecht, Grundzüge des Polizei- und Ordnungsrechts, Grundzüge des Verwaltungsprozeßrechts).

§ 14 Diplomarbeit

- (1) Die Themen der Diplomarbeit werden im Auftrag des Vorsitzenden des Hauptprüfungsausschusses während des Wintersemesters 1993/94 ausgegeben.
- (2) Der Prüfungsteilnehmer muß in seiner Diplomarbeit eine Aufgabenstellung in einem der Prüfungsfächer bearbeiten. Der Diplomarbeit ist eine Versicherung beizufügen, daß der Prüfungsteilnehmer die Diplomarbeit selbst und ohne fremde Hilfe angefertigt hat. Diese Versicherung ist Voraussetzung der Begutachtung.
- (3) Die Diplomarbeit ist eine schriftliche Arbeit im Sinne von § 6.
- (4) Die Bearbeitungszeit für die Diplomarbeit beträgt sechs Wochen. Der Abgabetermin ist aktenkundig zu machen. Bei Postzustellung gilt das Datum des Poststempels als Abgabezeitpunkt der Diplomarbeit.

§ 15 Bewertung der Diplomarbeit

- (1) Hat der Prüfungsteilnehmer das Versäumnis des Abgabetermins zu vertreten, so gilt die Diplomarbeit als mit "ungenügend" bewertet. Bei einem nicht zu vertretenden Versäumnis hat der Hauptprüfungsausschuß eine angemessene Nachfrist zu setzen.
- (2) Die Arbeiten werden von je zwei Prüfern mit den Noten und Punktzahlen des § 7 Abs. 1 bewertet. Weichen die Bewertungen der beiden Prüfer um nicht mehr als zwei Punkte voneinander ab, so errechnet sich die Note aus der durchschnittlichen Punktzahl. Bei größeren Abweichungen wird die Arbeit durch Stichentscheid bewertet, wenn sich die Prüfer nicht einigen oder bis auf zwei Punkte annähern können. Lautet eine Bewertung "mangelhaft", die andere "ausreichend", so gilt die bessere Bewertung.
- (3) Ist ein für die Bewertung von Prüfungsarbeiten bestimmter Prüfer aus wichtigem Grund, insbesondere wegen schwerer Krankheit, nicht mehr in der Lage, die

Bewertung der ihm zugeteilten Arbeiten durchzuführen, so wird er durch einen anderen Prüfer ersetzt.

Hat der ausgeschiedene Prüfer bereits ein Drittel der ihm zugeteilten Arbeiten bewertet, so bleiben die von ihm vorgenommenen Bewertungen in Kraft und brauchen nicht wiederholt zu werden.

- (4) Wird die Diplomarbeit mit mindestens 4,00 Punkten bewertet, ist der Prüfungsteilnehmer zur schriftlichen Prüfung zugelassen.
- (5) Wer nicht zugelassen ist, hat die Prüfung nicht bestanden; dies ist in ortsüblicher Weise schriftlich bekanntzugeben.

§ 16

Schriftliche Prüfung

- (1) In der schriftlichen Prüfung hat der Prüfungsteilnehmer an sechs Tagen je eine schriftliche Arbeit unter Aufsicht anzufertigen. Die schriftlichen Aufgaben werden vom Hauptprüfungsausschuß ausgewählt. Die Arbeitszeit beträgt fünf Stunden.
- (2) Der Prüfungsteilnehmer hat zu bearbeiten:
 - 1. zwei Aufgaben aus dem Gebiet des Zivilrechts (§ 13 Abs. 2 Nr. 1) einschließlich des Verfahrensrechts,
 - 2. zwei Aufgaben aus dem Gebiet des Strafrechts (§ 13 Abs. 2 Nr. 2) einschließlich des Verfahrensrechts
 - 3. zwei Aufgaben aus dem Gebiet des Öffentlichen Rechts (§ 13 Abs. 2 Nr. 3) einschließlich des Verfahrensrechts.
- (3) Die Prüfungsteilnehmer geben an Stelle ihres Namens auf den Prüfungsarbeiten nur die Nummer ihres vorher ausgelosten Arbeitsplatzes an. Die Verzeichnisse mit den Nummern der Arbeitsplätze sind bis zum Abschluß der Bewertung verschlossen zu verwahren.

§ 17

Bewertung der schriftlichen Prüfung

- (1) Für die Bewertung der schriftlichen Prüfungsarbeiten gelten § 15 Abs. 2 und 3 entsprechend.
- (2) Die mit der Prüfungsaufsicht beauftragten Personen sollen nicht zur Bewertung der Prüfungsarbeiten herangezogen werden, bei deren Anfertigung sie Aufsicht geführt haben.
- (3) Für die schriftliche Prüfung wird eine auf zwei Dezimalstellen zu errechnende Gesamtnote gebildet; dabei wird eine sich ergebende dritte Dezimalstelle nicht berücksichtigt.

Die Gesamtnote errechnet sich aus der Summe der Punktzahlen der schriftlichen Arbeiten, geteilt durch sechs.

Für die Bestimmung der Gesamtnote der schriftlichen Prüfung gilt § 7 Abs. 1.

- (4) Die Punktzahlen und Noten der schriftlichen Arbeiten werden mit der Gesamtnote der schriftlichen Prüfung den Prüfungsteilnehmern spätestens mit der Ladung zur mündlichen Prüfung bekanntgegeben.
- (5) Die Bekanntgabe der Noten und die Ladung erfolgt in ortsüblicher Weise.

§ 18

Mündliche Prüfung

- (1) Wer im schriftlichen Teil der Prüfung einen Gesamtdurchschnitt von mindestens 3,50 Punkten erreicht, ist zur mündlichen Prüfung zugelassen. § 15 Abs. 5 gilt entsprechend.
- (2) Hat ein Prüfungsteilnehmer entschuldigt (§ 6 Abs. 1) eine der schriftlichen Arbeiten gemäß § 16 versäumt und nachzuholen (§ 6 Abs. 1 Ziff. 2), so kann er zur mündlichen Prüfung gleichwohl zugelassen werden, wenn er mit den bereits erbrachten Leistungen den Mindestdurchschnittspunktwert erreicht hat. Bildung und Bekanntgabe der Gesamtnote der Diplomprüfung (§ 20) sind bis zur Vollständigkeit der Prüfung ausgesetzt.
- (3) Die mündliche Prüfung wird von den Prüfungsausschüssen abgenommen. Sie erstreckt sich auf alle Prüfungsgebiete (§ 13 Abs. 2). Die mündliche Prüfung ist vornehmlich Verständnisprüfung.
- (4) Für jeden Prüfungsteilnehmer ist eine Gesamtprüfungsdauer von etwa 30 Minuten vorzusehen. Mehr als vier Prüfungsteilnehmer dürfen nicht gemeinsam geprüft werden.
- (5) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses leitet die mündliche Prüfung. Ihm obliegen die Einhaltung der Prüfungsbestimmungen und die Aufrechterhaltung der Ordnung.

§ 19

Bewertung der mündlichen Prüfung

- (1) In der mündlichen Prüfung sind für jedes der in § 13 Abs. 2 genannten Prüfungsgebiete Einzelnoten unter Verwendung der Notenstufen und der Punktzahlen des § 7 Abs. 1 zu erteilen.

- (2) Für die mündliche Prüfung wird eine auf zwei Dezimalstellen zu errechnende Gesamtnote gebildet; dabei wird die sich ergebende dritte Dezimalstelle nicht berücksichtigt. Die Gesamtnote errechnet sich aus der Summe der Punktzahlen der Prüfungsgebiete der mündlichen Prüfung, geteilt durch drei.
- (3) Über die Prüfungsleistung in der mündlichen Prüfung wird in gemeinsamer Beratung aller Prüfer mit Stimmenmehrheit entschieden. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.

§ 20

Gesamtnote der Diplomprüfung

- (1) Nach der mündlichen Prüfung stellt der Prüfungsausschuß nach Maßgabe des § 7 Abs. 1 die auf zwei Dezimalstellen zu errechnende Punktzahl für die Gesamtnote der Diplomprüfung fest, dabei wird eine sich ergebende dritte Dezimalstelle nicht berücksichtigt. Die Punktzahl der Gesamtnote der Diplomprüfung ergibt sich aus der Summe der Punktzahlen der Gesamtnoten der Diplomarbeit, der schriftlichen Prüfung und der mündlichen Prüfung, geteilt durch drei. Die so ermittelte Punktzahl bestimmt nach Maßgabe des § 7 Abs. 2 die Gesamtnote der Diplomprüfung.
- (2) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gibt die Noten und Punktzahlen der mündlichen Prüfung sowie die nach Absatz 1 ermittelte Gesamtnote der Diplomprüfung und deren Punktzahl am Schluß der mündlichen Prüfung bekannt. Damit ist die Diplomprüfung abgelegt.
- (3) Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn die Prüfungsnote schlechter als "ausreichend" (4,00 Punkte) ist.

§ 21

Diplom

- (1) Wer die Prüfung bestanden hat, erhält ein Diplomzeugnis, aus dem die Gesamtnoten und Punktzahlen der Diplomarbeit, der schriftlichen Prüfung und der mündlichen Prüfung sowie die Gesamtnote und Punktzahl der Diplomprüfung ersichtlich sind.
- (2) Den Prüfungsteilnehmern, die die Prüfung nicht bestanden haben, wird dies schriftlich bekanntgegeben.

§ 22

Wiederholung der Prüfung

- (1) Ein Prüfungsteilnehmer, der die Prüfung nicht bestanden hat, kann nach dieser

Prüfungsordnung die Prüfung wiederholen. Eine weitere Wiederholung ist auch nach einem erneuten Studium nicht möglich.

- (2) Die Prüfung ist im gesamten Umfang zu wiederholen.
- (3) Der Prüfungsteilnehmer kann zur Prüfung frühestens wieder zugelassen werden, wenn er nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses ein weiteres Semester Rechtswissenschaft an der Universität des Prüfungsortes studiert hat.
- (4) Die Prüfung muß am selben Prüfungsort wiederholt werden. In Härtefällen können Ausnahmen bewilligt werden.
- (5) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses für die mündliche Prüfung muß bei der Wiederholungsprüfung ein anderer sein als im Termin der nicht bestandenen Prüfung.

Vierter Abschnitt: Prüfungsort, Prüfungszeit und Prüfungszulassung

§ 23 Prüfungsort

Die Diplomprüfung wird an der Universität Leipzig abgehalten.

§ 24 Prüfungszeit

Die Zeit der Abnahme der Prüfung wird vom Hauptprüfungsausschuß festgelegt. Die Prüfungstermine und die Meldefrist sind rechtzeitig in ortsüblicher Weise zu veröffentlichen.

§ 25 Voraussetzungen der Zulassung zur Prüfung

- (1) Zur Diplomprüfung zugelassen werden nur die Studenten des 14. Matrikels im juristischen Fernstudium an der Universität Leipzig.
- (2) Voraussetzung der Zulassung zur Diplomprüfung ist die erfolgreiche Teilnahme an Übungen für Fortgeschrittene in den Prüfungsgebieten. Die erfolgreiche Teilnahme ist durch Teilnahmescheine zu belegen.

§ 26 Zulassungsantrag

- (1) Der Bewerber hat sich im Anschluß an das Studium der Diplomprüfung zu unterziehen.

- (2) Die Zulassung zur Diplomprüfung ist beim Hauptprüfungsausschuß schriftlich zu beantragen.
- (3) Die Entscheidung über die Zulassung ist dem Bewerber schriftlich mitzuteilen; eine Ablehnung ist zu begründen.

§ 27
Inkrafttreten

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des Fakultätsrates vom 27.10.1993 und des Senats der Universität Leipzig vom 2.11.1993. Die Prüfungsordnung wurde vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst am 21.12.1993 (Az.: 2-7831.11/95) genehmigt und tritt rückwirkend zum 02.05.1994 in Kraft.

Leipzig, den 30. Juni 1998

Prof. Dr. med. V. Bigl
Rektor